



Region Hannover

Anlage C

Datenschutzerklärung

Die Region Hannover verarbeitet bei der Antragsbearbeitung und Gewährung von Billigkeitsleistungen im Sinne der *Förderrichtlinie Richtlinie der Region Hannover über die Gewährung von Billigkeitsleistungen zur Unterstützung von gemeinnützigen Zwecken dienenden Vereinen zur Abmilderung der wirtschaftlichen Auswirkungen der COVID-19-Pandemie* vom 23.09.2020 personenbezogene Daten.

Der Schutz Ihrer persönlichen Daten wird sehr ernst genommen. Mit diesen Hinweisen werden Sie darüber informiert, zu welchen Zwecken und auf welcher Rechtsgrundlage Ihre personenbezogenen Daten verarbeitet werden, an wen Sie sich in datenschutzrechtlichen Fragen wenden können und welche Rechte Sie nach der Verordnung (EU) 2016/679 Datenschutz- Grundverordnung (DS-GVO) haben.

1. Verantwortlich für die Datenverarbeitung

Die Region Hannover als verantwortliche datenverarbeitende Stelle können Sie postalisch unter Region Hannover, Hildesheimer Straße 20, 30169 Hannover kontaktieren. Sie können außerdem den Datenschutzbeauftragten der Region Hannover unter Datenschutz@region-hannover.de erreichen.

2. Zweck und Rechtsgrundlagen der Verarbeitung der personenbezogenen Daten

a) Zweck

Ihre personenbezogenen Daten werden zur Bearbeitung Ihres Antrags und zur Gewährung einer Bezuschussung von zusätzlichen Ausgaben und Einnahmeausfällen im Zuge der Corona-Pandemie und damit einhergehender Maßnahmen und Einschränkungen verwendet.

b) Rechtsgrundlagen

Die Verarbeitung erfolgt auf der Grundlage von Art. 6 Abs. 1 Buchstabe e) DS-GVO.

Sofern der von Ihnen vorgetragene Sachverhalt besondere Kategorien personenbezogener Daten, z.B. Angaben über Gesundheit, religiöse Überzeugung oder ethnische Herkunft enthält, stützt sich die Verarbeitung der Daten zusätzlich auf Art. 9 Abs. 2 Buchstabe g) DS-GVO.

Durch die gegenwärtige epidemische Lage von nationaler Tragweite besteht für zahlreiche ehrenamtliche Vereine in der Region Hannover eine

existenzbedrohende Situation. Daher ist mit einer erheblichen Anzahl an Anträgen auf Billigungsleistung durch potenziell berechnigte Vereine zu rechnen.

Es soll ein möglichst schnelles, ermessensgerechtes und bedingungsgleiches Bewerbungs- und Bewilligungsverfahren ermöglicht werden, daher besteht ein öffentliches Interesse an der Verarbeitung besonderer Kategorien personenbezogener Daten, sowie der Daten der betroffenen Vereine.

3. Verarbeitung personenbezogener Daten

Verarbeitet werden insbesondere:

- Name
- Anschrift
- Sachverhaltsdarstellung
- Vereinskonto bzw. Vereinskonten
- Jahresbilanzen
- Weitere Belege über reguläre sowie zusätzliche Einnahmen, Ausgaben und liquide Mittel

des Vereins, für den der Antrag gestellt wird.

Sowie

- Vor- und Nachname,
- Titel
- Kontaktdaten (bspw. Anschrift, E-Mail-Adresse, Telefonnummer

der antragstellenden Person, des Vertreters / der Vertreterin des Vereins oder einer Kontaktperson

4. Datenverarbeitung

Die Anspruchsvoraussetzungen werden für den Erlass eines entsprechenden Bescheids geprüft und müssen dazu den maßgeblichen Sachverhalt umfassend aufklären. Ihre Daten werden in einer Akte abgelegt; zudem werden diese auch elektronisch erfasst, verwendet und gespeichert sowie gegebenenfalls auch verändert.

5. Weitergabe personenbezogener Daten

Die personenbezogenen Daten, die im Rahmen der gesetzlichen Verpflichtungen verarbeitet werden, werden nur dann an andere Stellen, Behörden oder Dritte weitergegeben, wenn die Übermittlung gesetzlich zulässig ist oder Sie in die Übermittlung eingewilligt haben. Zum Zweck der Bereitstellung der finanziellen Mittel und Überprüfung der ordnungsgemäßen Verwendung kann dem

Niedersächsischen Landesamt für Soziales, Jugend und Familie (LS) Zugriff in Erfüllung seines gesetzlichen Auftrages auf die Daten gewährt werden.

6. Pflicht zur Bereitstellung personenbezogener Daten

Eine Pflicht zur Bereitstellung der personenbezogenen Daten besteht nicht. Diese Daten sind jedoch zur vorschriftsmäßigen Bearbeitung des Antrags und zur Kontaktaufnahme erforderlich. Ohne die zur Beurteilung des Bezuschussungsanspruchs notwendigen Angaben kann der Bezuschussungsantrag zurückgewiesen werden.

7. Dauer der Speicherung der personenbezogenen Daten

Die personenbezogenen Daten werden so lange gespeichert und die Akten so lange aufbewahrt, wie dies zur Erfüllung der gesetzlichen Aufgaben erforderlich ist.

Die Vorgangsdaten werden grundsätzlich für 10 Jahre gespeichert.

8. Rechte der betroffenen Personen

Nach der Datenschutz-Grundverordnung stehen Ihnen folgende Rechte zu:

a) Recht auf Widerspruch (Art. 21 DS-GVO)

Soweit Ihre personenbezogenen Daten zur Wahrnehmung unserer öffentlichen Aufgaben nach Art. 6 Abs. 1 Buchstabe e) DS-GVO verarbeitet werden, können Sie der künftigen Verarbeitung Ihrer Daten aus Gründen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit widersprechen. Der Widerspruch ist an die für die Datenverarbeitung verantwortliche Stelle (siehe unter 1.) zu richten.

b) Recht auf Auskunft (Art. 15 DS-GVO)

Sie haben das Recht, Auskunft darüber zu erhalten, ob und – wenn ja – welche personenbezogenen Daten von Ihnen verarbeitet wurden. Der Antrag ist bei der für die Datenverarbeitung verantwortlichen Stelle (siehe unter 1.) zu stellen.

c) Recht auf Berichtigung (Art. 16 DS-GVO)

Sie können unverzüglich die Berichtigung Sie betreffender personenbezogener Daten verlangen, sofern diese nicht (mehr) zutreffend sind. Bei unvollständigen Daten haben Sie – unter Berücksichtigung der Zwecke der Verarbeitung – einen Anspruch auf Vervollständigung. Der Antrag ist bei der für die Datenverarbeitung verantwortlichen Stelle (siehe unter 1.) zu stellen.

d) Recht auf Löschung (Art. 17 DS-GVO)

Bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen können Sie die Löschung Ihrer personenbezogenen Daten verlangen. Die Anfrage ist an die für die Datenverarbeitung verantwortliche Stelle (siehe unter 1.) zu richten.

e) Recht auf Einschränkung der Verarbeitung (Art. 18 DS-GVO)

Unter den in Art. 18 DS-GVO genannten Voraussetzungen können Sie die Einschränkung der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten verlangen. Die Anfrage ist an die für die Datenverarbeitung verantwortliche Stelle (siehe unter 1.) zu richten.

f) Recht auf Datenübertragbarkeit (Art. 20 DS-GVO)

Dieses Recht steht Ihnen nur bezüglich solcher personenbezogenen Daten zu, welche Sie selbst bereitgestellt haben. Sie können danach verlangen, dass Ihre Daten Ihnen selbst in einem maschinenlesbaren Format zur Verfügung gestellt werden oder diese an einen anderen Verantwortlichen übermitteln. Dieses Recht besteht jedoch nur, wenn Sie in die Datenverarbeitung eingewilligt haben (Art. 6 Abs. 1 Buchstabe a) oder Art. 9 Abs. 2 Buchstabe a) DS-GVO) oder die Verarbeitung auf einem Vertrag gemäß Art. 6 Abs. 1 Buchstabe b) DS-GVO beruht und die Datenverarbeitung mithilfe automatisierter Verfahren erfolgt.

Dies gilt nicht, wenn die Verarbeitung der personenbezogenen Daten für die Wahrnehmung einer Aufgabe erforderlich ist, im öffentlichen Interesse liegt oder in Ausübung öffentlicher Gewalt erfolgt, die zuständigen Stellen übertragen wurde (Art. 6 Abs. 1 Buchstabe e) DS-GVO). Der Antrag ist bei der für die Datenverarbeitung verantwortlichen Stelle (siehe unter 1.) zu stellen.

g) Recht auf Widerruf der Einwilligung (Art. 7 Abs. 3 DS-GVO)

Sofern die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten auf Ihrer Einwilligung beruht, haben Sie das Recht, Ihre Einwilligung jederzeit zu widerrufen. Durch den Widerruf der Einwilligung wird die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung nicht berührt. Der Widerruf ist an die für die Datenverarbeitung verantwortliche Stelle (siehe unter 1.) zu richten.

h) Recht auf Beschwerde (Art. 77 Abs. 1 DS-GVO)

Wenn Sie Fragen oder Bedenken im Hinblick auf die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten haben, können Sie die zuständige Stelle postalisch oder per E-Mail kontaktieren. Darüber hinaus können Sie Ihr Anliegen auch der bzw. dem behördlichen Datenschutzbeauftragten der zuständigen Behörde zukommen lassen. Die entsprechenden Adressen finden Sie unter 1.

9. Beschwerderecht

Wenn Sie der Auffassung sind, dass den Pflichten nicht oder nicht in vollem Umfang nachgekommen wird, können Sie unbeschadet anderweitiger Rechtsbehelfe eine Beschwerde bei der Landesbeauftragten für den Datenschutz Niedersachsen erheben.

10. Anpassung der Datenschutzerklärung

Wir behalten uns vor, diese Datenschutzerklärung bei Bedarf anzupassen, um den aktuellen rechtlichen Anforderungen gerecht zu werden. Grundlage ist die jeweils gültige Datenschutzerklärung.

Ort, Datum

Unterschrift